

EUROPÄISCHE UND GLOBALE ORDNUNGSPOLITIK NACH DER FINANZMARKTKRISE

BRÜSSEL, 8. - 10. FEBRUAR 2011

Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass ordnungspolitische Grundsätze nicht aufgeweicht werden dürfen. In Europa steht das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft – in unterschiedlichen Ausprägungen – seit Ende des Zweiten Weltkriegs als Grundlage für hohes Wachstum und Beschäftigung und damit für Wohlstand und politische sowie soziale Stabilität. Auf Basis der „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“ zielt die Konrad-Adenauer-Stiftung darauf, in der Europäischen Union eine ordnungspolitische Diskussion anzuregen und weltweit Verbündete für das Gesellschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zu gewinnen.

Der ordnungspolitische Dialog zur Sozialen Marktwirtschaft stand im Mittelpunkt einer internationalen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Europäische und globale Ordnungspolitik nach der Finanzmarktkrise“ – ausgerichtet vom 8.-10. Februar 2011 in Brüssel. Ziel war es, mit Auslandsmitarbeitern der KAS sowie externen Referenten Erfahrungen aus Wissenschaft und Politik auszutauschen und neue Impulse für den weltweiten ordnungspolitischen Dialog nach der Finanzmarktkrise zu geben.

Den Auftakt bildete eine abendliche Podiumsdiskussion mit Begrüßung durch Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Präsident des Europäischen Parlaments a.D. und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Daran schloss sich ein Vortrag von Valdis Dombrovskis, Premierminister der Republik Lettland, an. Es kommentierten Corien Wortmann-Kool MdEP, Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament und Johannes Laitenberger, Kabinettschef von Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Im Mittelpunkt der anschließenden ganztägigen Fachkonferenz stand der Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit externen Experten zum Wettbewerb der Wirtschaftssysteme, zu Entwicklungspfaden der Schwellenländer sowie zum Dialog über wertebasierte Wirtschaftsmodelle insbesondere islamisch ge-

prägter Länder. Die Konferenz wurde durch ein Strategieggespräch zwischen Mitarbeitern der KAS aus Mexiko, Guatemala, Nigeria, Südafrika, China, Malaysia, Tschechien und Lettland sowie der Regionalprogramme Golf-Staaten, Projektdialog Asien und Soziale Ordnungspolitik in Lateinamerika abgerundet.



*Dr. Hans-Gert
Pöttering MdEP
während der
Begrüßungsrede.*

FÜR EINE INTERNATIONALE WERTEGELEITETE WIRTSCHAFTSORDNUNG

In seiner Begrüßung ging Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP auf die Bedeutung des Ordnungsmodells der Sozialen Marktwirtschaft für die wirtschaftliche Entwicklung Europas nach der Finanzmarktkrise ein. Hauptziel müsse die Stabilisierung des Euro sein. Ursache der Destabilisierung seien zu hohe öffentliche Schulden der Mitgliedstaaten. Mithin handele es sich nicht um eine Eurokrise, sondern im Kern um eine Schuldenkrise – so Dr. Pöttering. Folglich seien zur Überwindung dieser Krise konsequenter Schuldenabbau und gezielte Investitionen in die Zukunft als Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum in Europa geboten.

Um dauerhafte soziale Stabilität zu erlangen bedürfe die Europäische Union eines gemeinsamen Leitbildes. Das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft habe maßgeblich zur erfolgreichen sozioökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland beigetragen. Exemplarisch wurde auf die Sozialpartnerschaft



*V.r.n.l.: Dr. Gerhard Wahlers,
Johannes Laitenberger,
Dr. Hans-Gert Pöttering
MdEP, Valdis Dombrovskis,
Corien Wortmann-Kool MdEP,
Wolfgang Landmesser.*

verwiesen. Der Kooperation zwischen verantwortlichen Unternehmern und starken Gewerkschaften sei zu verdanken, dass die Stammbelegschaft während der Finanzkrise gehalten und damit der wirtschaftliche Aufschwung nach der Krise erreicht werden konnte. Mit dem Vertrag von Lissabon sei das deutsche Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft als europäisches Ordnungsmodell in Artikel 3 EUV verankert worden. Nunmehr müsse es darum gehen, die Soziale Marktwirtschaft auf europäischer Ebene umzusetzen. In diesem Zusammenhang wurde nicht nur die Verschärfung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts genannt, sondern auch auf die europäische Regulierung der Finanzmärkte sowie eine Annäherung der Sozialstandards im Rahmen verstärkter wirtschaftspolitischer Koordinierung verwiesen.

Premierminister Valdis Dombrovskis leitete seinen Vortrag mit der Feststellung ein, die Finanzkrise habe das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell auf die Probe gestellt. Lettland habe als einer der ersten Mitgliedstaaten erfolgreich mit einem umfassenden Sparprogramm reagiert. Auf europäischer Ebene würden die Reformagenda Europa 2020 sowie der Dialog zur Entwicklung innovativer Lösungsansätze vorangetrieben. Zudem seien durch verstärkte wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung im Rahmen des Europäischen Semesters und des Europäischen Stabilitätsmechanismus' die Weichen zur Vorbeugung künftiger Krisen gestellt worden.

Ursache für die Krise in Lettland waren, so der Premierminister, insbesondere mangelnde Strukturreformen. Bei der Überwindung der Krise hätten Lettland finanzielle Hilfen durch den Internationalen Währungsfonds, die EU sowie vor allem die Unterstützung durch Nachbarstaaten geholfen. Es gehe für seine Regierung nunmehr darum, Strukturreformen im Dialog mit den Sozialpartnern durchzuführen, um Lettland wieder auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad zu setzen. Ziel sei der Eurozonenbeitritt 2014.

Ferner betonte Premierminister Dombrovskis die Bedeutung einer wertebasierten Überwindung der Krise. Solidarität innerhalb der Europäischen Union habe sich am Beispiel der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität gezeigt, die Ausdruck kollektiven Eintretens für das europäische Gemeingut sei. In diesem Zusammenhang akzentuierte er die Bedeutung des ordnungspolitischen Dialogs der Konrad-Adenauer-Stiftung, die auf Grundlage der „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“ ein wertebasiertes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell fördere.

In ihrem Kommentar betonte Corien Wortmann-Kool MdEP, solide öffentliche Finanzen seien die Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum. Folglich bestehe die Notwendigkeit einer Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Darüber hinaus müsse insbesondere die wirtschaftspolitische Koordinierung im Rahmen der Strategie Europa 2020 intensiviert werden.

Wortmann-Kool sprach sich mit Nachdruck dafür aus, die Gemeinschaftsmethode nicht zu verlassen. In diesem Zusammenhang wurde die Einigung des Europäischen Rats zur Einrichtung eines Pakts für Wettbewerbsfähigkeit kritisch beleuchtet. Dies könne als Signal verstanden werden, dass die bisherigen Maßnahmen der EU unzureichend seien. Zudem sei der intergouvernementale Ansatz der Gemeinschaftsmethode vorgezogen worden. Wortmann-Kool sprach sich hingegen dafür aus, den Akzent auf das bereits zwischen den Institutionen diskutierte Reformpaket zu legen, das aus Rechtsakten zur Stärkung der wirtschafts- und finanzpolitischen Steuerung, dem Europäischen Stabilitätsmechanismus und Europa 2020 besteht. Letztgenannte Strategie beinhalte bereits Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die erst einmal umgesetzt werden sollten.

Frau Wortmann-Kool unterstrich die Prioritäten der EVP bei der Beratung des Reformpakets. Erstens gehe es darum, die Gemeinschaftsmethode zu stärken. Es



Corien Wortmann-Kool MdEP und Johannes Laitenberger kommentierten.



Valdis Dombrovskis, Ministerpräsident Lettlands, hielt auf Einladung der KAS die zentrale Rede der Veranstaltung in Brüssel.

müsse sichergestellt sein, dass die Einschätzungen der Kommission bereits zu Beginn des politischen Prozesses vom Rat der Wirtschafts- und Finanzminister berücksichtigt würden. Zweitens müsse garantiert werden, dass die Mitgliedstaaten sich für die Reformprojekte mitverantwortlich fühlen. Dazu gehöre auch, dass die nationalen Parlamente stärker einbezogen und mit entsprechenden Informationen versorgt werden.

Johannes Laitenberger betonte eingangs, die Finanzmarktkrise habe Schwächen wirtschafts- und finanzpolitischer Steuerung in der Europäischen Union offengelegt. Dennoch habe die EU auf die Krise mit einem ordnungspolitischen Ansatz reagiert. Langfristige systemische Antworten seien kurzfristigem Krisenmanagement vorgezogen worden. In diesem Zusammenhang wurde exemplarisch die Reform europäischer Finanzmarktaufsicht genannt. Ferner sei die Einbettung der Haushaltskonsolidierung in die Reformstrategie Europa 2020 Voraussetzung für eine langfristige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Auch das Festhalten an der Gemeinschaftsmethode sei ein Baustein des gewählten ordnungspolitischen Ansatzes: Je stärker die europäischen Institutionen seien, desto weniger müsse nachjustiert werden.

In den nächsten Wochen und Monaten gehe es um die beschleunigte Verabschiedung und Umsetzung des ausgearbeiteten Reformpakets. Der Präsident des Europäischen Rats habe von den Staats- und Regierungschefs den Auftrag erhalten, bis März Vorschläge für vertiefte wirtschaftspolitische Koordinierung vorzulegen. Aus den bereits entwickelten Ideen müssten solche ausgewählt werden, die kurzfristig und mit Aussicht auf Erfolg umgesetzt werden können.

Die anschließende Diskussion konzentrierte sich auf die Frage, ob die lancierten wirtschafts- und finanzpolitischen Reformen in der durch den Lissabonvertrag

vorgesehenen Kompetenzverteilung effektiv umsetzbar sind. Problematisiert wurde, dass zahlreiche Bestandteile wirtschaftspolitischer Koordinierung weiterhin in der Kompetenz der Mitgliedstaaten liegen. Die Panelisten erkannten hierin jedoch kein Dilemma. Primär gehe es darum, dass nationale Rechtsetzungskompetenzen künftig verstärkt in einem europäischen politischen Bezugsrahmen ausgeübt werden. Letzte Entscheidungshoheit bleibe in der Hand nationaler Parlamente. Ferner wurde debattiert, wie viel Automatismus im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts künftig vorgesehen sein solle. Auf dem Podium bestand Einigkeit darüber, dass sowohl im präventiven als auch im korrektiven Teil des Pakts Sanktionen künftig so automatisch wie möglich erfolgen sollen. Zudem wurden Chancen und Risiken der Weiterentwicklung des Europäischen Binnenmarkts diskutiert. Dabei betrachteten die Panellisten die Krise und die in diesem Zusammenhang erfolgten Tabubrüche als eine Chance für weitere Integrationsschritte auf Grundlage der von der Kommission vorgelegten Binnenmarktakte. Schließlich wurde die politische Führungsfrage im neuen institutionellen Gefüge des Lissabonvertrags gestellt. Neben der Beteuerung, dass sich die neuen interinstitutionellen Beziehungen einspielen werden, ging vom Podium der Appell aus, den Lissabonvertrag nicht als Nullsummenspiel, sondern als Chance für eine neue integrationspolitische Dynamik zu begreifen.

Dr. Gerhard Wahlers, Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, betonte in seinem Schlusswort, die Soziale Marktwirtschaft sei mehr als ein Wirtschaftsmodell: Sie stelle ein Gesellschaftsmodell dar, das Demokratie und Menschenrechte einschließe. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund des internationalen Systemwettbewerbs bedeutsam, da auch autoritäre Regime gute wirtschaftliche Ergebnisse generieren. Es gelte, weltweit Freunde zur Unterstützung der Sozialen Marktwirtschaft zu finden.



*Die Panelisten
im Gespräch
mit Wolfgang
Landmesser
vom WDR/NDR-
Hörfunkstudio
Brüssel.*

ORDNUNGSPOLITIK NACH DER KRISE

Dr. Wahlers führte mit einer Skizze der Sozialen Marktwirtschaft in die eintägige Fachkonferenz ein. Die Soziale Marktwirtschaft als Gesellschaftsmodell verbinde untrennbar wirtschaftliche Freiheit und soziale Verantwortung mit rechtsstaatlicher Demokratie. Leitprinzipien seien Subsidiarität und Solidarität. Als weitere Elemente wurden unter anderem privates Eigentum, Vertragsfreiheit, offene Märkte, rechtsstaatlicher Rahmen und Stabilität in der Wirtschaftsordnung genannt. Zudem habe der Staat als Garant des Systems der sozialen Sicherung und der Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle zu spielen. Das Ordnungsmodell sei anthropologisch begründet: Die Personalität des Menschen und das Vertrauen in seine Urteils- und Entscheidungskraft stünden im Mittelpunkt. Zudem bestehe ein Vertrauen in den Marktmechanismus bei staatlicher Flankierung.

Ferner betonte Dr. Wahlers die Bedeutung des globalen ordnungspolitischen Dialogs der KAS. Entscheidend sei die Auseinandersetzung mit anderen wirtschaftlich erfolgreichen Systemen. Zudem werde die Soziale Marktwirtschaft häufig als Modell des Okzidents betrachtet, die Übertragbarkeit der zugrunde liegenden Werte in andere Kulturkreise in Frage gestellt. Daher sei der globale ordnungspolitische Dialog u.a. im Rahmen von Konferenzen, Analysen, Parteienberatung oder der Kooperation mit den Kirchen und Glaubensgemeinschaften von eminenter Bedeutung. Mit Hilfe der Leitlinien zur Sozialen Marktwirtschaft werde der Versuch unternommen, die Politik verstärkt einzubinden. Zudem müsse für die Diskussion globaler Themen auch verstärkt ein globaler Ansatz gewählt werden – wie im Rahmen dieser Konferenz umgesetzt.

WETTSTREIT DER ORDNUNGSMODELLE

Der Systemwettbewerb zwischen dem Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und markoliberalen Ansätzen sowie staatlichem Dirigismus stand

im Fokus des ersten Panels. Jagadeesh Gokhale, Washingtoner Cato Institute, betonte, zentrales wirtschaftspolitisches Ziel jeder Volkswirtschaft sei Produktivitätssteigerung zur Förderung des Wachstums. In den USA und Europa seien jedoch zur Förderung sozialer Gerechtigkeit Sozialpolitiken etabliert worden, welche falsche Anreize setzten. Diese Politiken müssten durch eine stärkere Akzentuierung von Chancen- statt Verteilungsgerechtigkeit ersetzt werden.

Prof. Dr. Chin Leng Lim, University of Hong Kong, vertrat die These, es existiere kein chinesisches Wirtschaftsmodell, sondern China entwickle sich inzwischen von der markoliberalen wirtschaftspolitischen Öffnung in Richtung des europäischen Modells der Sozialen Marktwirtschaft. Von 1982 bis 2004 habe China sukzessive die Marktwirtschaft eingeführt. Diese Entwicklung spiegle sich insbesondere in den Verfassungsänderungen der letzten Jahrzehnte. Seither werde der Akzent, so Lim, immer stärker auf die Sicherung des sozialen Friedens gelegt. Ursache dieses Politikwechsels seien zum einen die negativen sozialen Auswirkungen der liberalen Reformen sowie zum anderen der Beitritt Chinas 2001 zum Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Daraus könnten sich neue Ansatzpunkte für einen ordnungspolitischen Dialog mit China ergeben.

Prof. Dr. Jörg Winterberg, Rektor der SRH Hochschule Heidelberg, verglich einleitend die Reaktionen der USA, Europas und Chinas auf die Finanzkrise. Die USA seien durch einen raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit verunsichert worden, hätten jedoch schnell wieder höhere Wachstumsraten erzielt. Deutschland – als Beispiel für einen EU-Mitgliedstaat – habe mit besonders hoher Stabilität auf die Krise reagiert. In China setze sich das Wachstum weitgehend unbegrenzt fort. Die Politik habe den Moment verpasst, die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen. Märkte bräuchten ein Mindestmaß an Ordnung. Wirtschaftliche Stabilität, ein internationaler Rahmen sowie



*Diskussion mit
dem Publikum.*

die langfristig ausgerichtete Regulierung der Finanzmärkte seien daher notwendig. Marktwirtschaft sei kein Selbstzweck. Ihre Funktion bestehe darin, dazu beizutragen, dass die Werte einer Gesellschaft erfüllt werden. Mithin könne maximale Effizienz einer Volkswirtschaft niemals Kernziel sein. Die Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft müssten auch deshalb den Wettbewerb der Systeme offensiv führen.

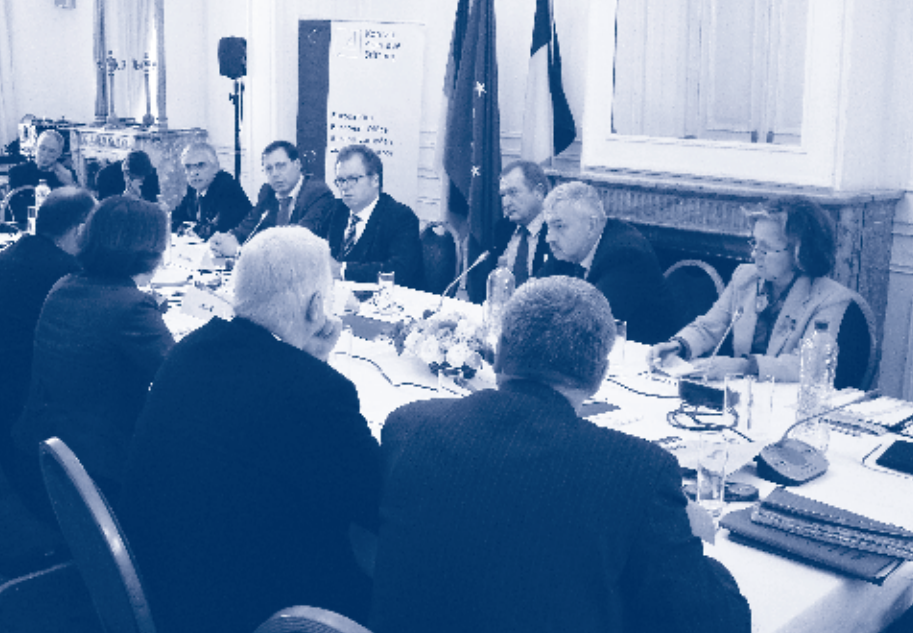
In der anschließenden Diskussion wurden zum einen zentrale Merkmale der Sozialen Marktwirtschaft stärker herausgearbeitet. So betonte Prof. Winterberg, eine Stärke des Konzepts bestehe in einer pragmatischen Wirtschaftspolitik, die stets an Werten überprüft werden könne. Mithin sei die Soziale Marktwirtschaft nicht an eine Wirtschaftstheorie geknüpft, deren Erklärungskraft aufgrund der Unvorhersehbarkeit menschlichen Verhaltens begrenzt sei. Zum anderen wurden Annahmen über den weiteren Verlauf des Systemwettbewerbs gemacht. Gokhale betrachtete die Aussichten für das angelsächsische Modell kritisch, da die Politik nicht die richtigen Weichenstellungen vornehme. Prof. Lim warnte, die Inkonsistenz, mit der Werte auf internationaler Ebene vertreten würden – exemplarisch die Missachtung des Prinzips offener Märkte während der Finanzmarktkrise – sei nicht der richtige Weg, um China von derartigen Werten zu überzeugen. Prof. Winterberg plädierte dafür, das Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft mit mehr Selbstvertrauen international zu fördern.

WELCHEN ENTWICKLUNGSPFAD VERFOLGEN DIE G20-SCHWELLENLÄNDER?

Entwicklungspfade und der ordnungspolitische Dialog mit Schwellenländern bildeten den Gegenstand des zweiten Panels. PD Dr. Heribert Dieter von der Stiftung Wissenschaft und Politik betonte, es habe sich ein Strukturbruch in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen vollzogen. Die BRIC-Staaten (Brasilien,

Russland, Indien, China) hätten im Vergleich zu den Industriestaaten signifikant an Gewicht gewonnen. Nachhaltige Finanzpolitik werde heute in den Schwellenländern gemacht. Dr. Dieter nannte Gründe für diese Machtverschiebung und Entwicklungsperspektiven: Grund sei eine Skepsis gegenüber Finanzmärkten, die aus Erfahrungen mit irrationalen Übertreibungen in den Wirtschaftskrisen der 1990er Jahre herrührten. Zur Handelspolitik merkte Dr. Dieter an, die Globalisierungsbefürworter säßen heutzutage überwiegend in den Schwellen- und Entwicklungsländern, während die Globalisierungsskeptiker primär in den Industrieländern zu verorten seien. Im Bereich Fiskalpolitik wurde den Schwellenländern eine abnehmende und den Industrieländern eine zunehmende öffentliche Schuldenlast vorausgesagt. Grund dafür seien insbesondere divergierende Wachstumsraten, die sich auf das Verhältnis öffentlicher Schulden zum BIP auswirkten.

Dr. Wilhelm Hofmeister, Leiter KAS-Regionalprogramm Politischer Dialog Asien, stellte fünf Thesen zum Entwicklungspfad asiatischer Schwellenländer (China, Indien, Südkorea, Indonesien) auf. Erstens habe die Finanzmarktkrise in Asien keine ordnungspolitische Debatte ausgelöst, sondern zur Suche nach pragmatischen Lösungsansätzen geführt – beispielsweise zur Eindämmung der Inflation. Als Grund dafür wurde identifiziert, dass Asien die Krise weitgehend gut überstanden hat. Zweitens hätten die asiatischen Schwellenländer, so Dr. Hofmeister, die Marktwirtschaft eingeführt. Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft würden jedoch nur teilweise umgesetzt. So sei beispielsweise in China, Indien und Indonesien das Pro-Kopf-Einkommen noch zu niedrig, um soziale Sicherung im europäischen Stil zu gewähren. Drittens besäßen das amerikanische und das europäische Entwicklungsmodell geringen Vorbildcharakter. Die Finanzkrise werde als Krise des Westens perzipiert. Viertens seien die Wachstumsperspektiven – trotz ökologischer, finanzieller und politischer Risiken – als gut zu bewerten.



KAS-Auslandsmitarbeiter und externe Experten in der Diskussion während der Fachkonferenz.

Dies wurde u.a. auf hohe Investitionen in Humankapital und entsprechend zu erwartende Produktivitätssteigerungen zurückgeführt. Fünftens bestehe der Wille – entsprechend dem gestiegenen wirtschaftlichen Gewicht – mehr internationale Verantwortung zu übernehmen. Kritisch wurde jedoch angemerkt, dass die Koordinierung zwischen den asiatischen Schwellenländern weiterhin sehr gering ausfalle.

Dr. Werner Böhler, Leiter KAS-Länderprogramm Südafrika, begann seinen Bericht zur Entwicklung Südafrikas mit einer Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Lage: Vergleichsweise schwache Wachstumsraten, hohe Arbeitslosigkeit, stark rückläufige Direktinvestitionen und eine besonders ungleiche Einkommensverteilung wurden konstatiert. Der offiziell angestrebte *Developmental State* konnte aufgrund der interventionistischen Wirtschaftspolitik der südafrikanischen Regierung bisher nicht realisiert werden. Stattdessen entwickle sich Südafrika weg von einem marktwirtschaftlichen Modell hin zu öffentlichen Investitionsprogrammen. Diese Entwicklung, so Dr. Böhler, sei eng mit der Wahl Jacob Zumas zum Vorsitzenden des ANC 2007 verbunden. Es fehle sowohl an Kapazitäten zur makroökonomischen Planung als auch an einer sinnvollen Verknüpfung der zahlreichen Pläne. Ferner würden Staatsunternehmen (*Parastatals*) unter starkem politischem Einfluss die ihnen zugedachte Rolle (z.B. Abbau der Arbeitslosigkeit) nicht erfüllen. Zudem scheiterten Programme zur Eingliederung benachteiligter Gesellschaftsgruppen wie *Affirmative Action* oder *Black Empowerment* an einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Letztlich erschwere, gemäß Dr. Böhler, auch die fehlende Trennung zwischen Partei (ANC) und Staat, die sich unter anderem in der politischen Besetzung öffentlicher Ämter reflektiere, die wirtschaftliche Entwicklung.

Heinz Scherrer, Referatsleiter in der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission, begann sein Impulsreferat mit dem Hinweis

darauf, dass die Finanzmarktkrise zu einem Paradigmenwechsel in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen geführt habe. Das neue Paradigma sei geprägt durch verstärkte Teilung von Macht und Verantwortung zwischen Industrie- und Schwellenländern, eine Reform der *Global Governance* und des internationalen Währungssystems sowie durch das Bemühen um ausgewogeneres Wachstum. Ferner forderte Scherrer Korrekturen in den einzelnen Wachstumsmodellen. Asien müsse den Akzent verstärkt auf die Binnennachfrage und regionale Wirtschaftsbeziehungen legen. Zudem müsse die soziale Sicherung gestärkt, die chinesische Währung aufgewertet und die Abhängigkeit von fossilen Brenn- und Rohstoffen gesenkt werden. Lateinamerika stehe, gemäß Scherrer, vor der Herausforderung, trotz Aufwertung seiner Währungen im Wettbewerb um billige Arbeitskräfte mit China zu bestehen. In Südafrika müsse weiterhin die Entwicklung, beispielsweise von Infrastruktur, gefördert werden. Scherrer schloss mit einem Appell an die Europäer, im Rahmen der G20 mit einer Stimme zu sprechen.

In der anschließenden Diskussion wurde die Rolle der Mittelschichten für den Demokratisierungsprozess in Schwellenländern thematisiert. Einigkeit bestand darüber, dass die chinesische Mittelschicht bislang kein Träger einer Demokratisierung sei. Dies wurde darauf zurückgeführt, dass die Mittelschicht in China keine gesellschaftliche Mehrheit darstelle und daher primär mit der politischen Führung koaliere, um Besitzstände zu wahren. Im Falle Südafrikas wurde betont, es handle sich nicht um eine Mittelschicht im europäischen Sinne, d.h. eine Mittelschicht, die sich aus dem produktiven Mittelstand rekrutiere, sondern um eine Mittelschicht politisch eingesetzter Kader. Diese zeige besondere Loyalität gegenüber der politischen Führung. Zudem wurden in der Diskussion Möglichkeiten und Grenzen eines ordnungspolitischen Dialogs mit Schwellenländern eruiert. Es wurde dazu aufgefordert, den Dialog offensiver zu führen, da sich in den

*Der lettische
Ministerpräsident
Valdis Dombrovskis
im Gespräch
in Brüssel.*



Schwellenländern Zukunftsfragen stellten, für die wir bereits Lösungsansätze entwickelt haben. Exemplarisch wurden die in Europa gut funktionierenden Governance-Systeme in Politik und Wirtschaft genannt. Schließlich wurde festgestellt, die von der Bundesregierung im Rahmen der G20 lancierte Charta für nachhaltiges Wirtschaften habe teilweise in die Schlussfolgerungen des G20-Gipfels in Pittsburgh Eingang gefunden. Insbesondere China habe jedoch kein Interesse, den damit zusammenhängenden Acquis zu übernehmen.

WIRTSCHAFT VON WERTEN LEITEN LASSEN

Das dritte Panel widmete sich dem ordnungspolitischen Dialog zwischen Sozialer Marktwirtschaft und wertebasierten Ordnungsmodellen anderer Kulturkreise. Pfarrer Rüdiger Noll, Direktor der Kommission Kirche und Gesellschaft der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), betonte, der KEK gehe es primär darum, eine Balance zwischen Wirtschaft und Sozialem in der Europapolitik zu erreichen. Daher werde darauf geachtet, dass bei der Umsetzung von Europa 2020 eine Überprüfung auf Sozialverträglichkeit stattfinde – wie in Art. 13 AEUV vorgesehen. Ferner sei kritisch nachzufragen, ob das Ziel ausreiche, bis 2020 zwanzig Prozent der Menschen aus der Armut zu führen. Zudem müsse sichergestellt werden, dass – vor dem Hintergrund der Kompetenzverteilung zwischen europäischer und nationaler Ebene in der Wirtschafts- und Sozialpolitik – eine Soziale Marktwirtschaft in Europa effizient durchgesetzt werden kann.

Prof. Dr. Volker Nienhaus, Präsident der Philipps Universität Marburg a.D., thematisierte wertebasierte Wirtschaftsmodelle im Nahen und Mittleren Osten sowie Ansatzpunkte für einen vertieften ordnungspolitischen Dialog. Die Bevölkerung islamisch geprägter Länder habe überwiegend negative Erfahrungen mit einem von außen aufgezwungenen markoliberalen Kapitalismus gemacht. Mithin propagiere die islamische Opposition die Alternative eines wertebasierten Wirtschaftsmodells.

Gemäß Prof. Nienhaus besteht ein hohes Maß an Kompatibilität zwischen Werten und Prinzipien des islamischen Wirtschaftsmodells und der Sozialen Marktwirtschaft. Herausforderungen wie das Zinsverbot im Islam seien durch spezifische juristische Konstruktionen überwunden worden. In Zeiten der Transformation im Nahen und Mittleren Osten verbinde die Bevölkerung große Hoffnung mit wertebasierten Wirtschaftsmodellen. Daraus ergäben sich Möglichkeiten für einen vertieften ordnungspolitischen Dialog, insbesondere hinsichtlich praxisbezogener Umsetzungsfragen. In diesem Zusammenhang wurde gefordert, die Kommunikation zur Sozialen Marktwirtschaft zu verbessern und insbesondere Unterschiede zwischen Sozialer Marktwirtschaft und angelsächsischen markoliberalen Ansätzen herauszuarbeiten.

Thomas Birringer, Leiter KAS-Regionalprogramm Golf-Staaten, betonte die Chance eines vertieften ordnungspolitischen Dialogs mit islamisch geprägten Ländern – gerade vor dem Hintergrund politischer Umwälzungen in der Region. Die betroffenen Länder seien klientelistische Rentierstaaten, in denen die Beherrschten gegen Verteilung von Renten (z.B. Einnahmen aus dem Öllexport) auf politische Partizipation verzichtet hätten.

Prinzipien Sozialer Marktwirtschaft wie freier Wettbewerb oder offene Märkte würden unzureichend umgesetzt. Die aktuellen Proteste seien sozialen Ursprungs. Die Herrschenden könnten, so Birringer, einer großen Gruppe gut ausgebildeter junger Menschen keine soziale Perspektive bieten. Daraus ergäben sich Möglichkeiten für den ordnungspolitischen Dialog, der nicht durch Diskussionen über religiöse Herleitung erschwert werden, sondern sich auf wirtschaftspolitische Implikationen eines wertebasierten Wirtschaftssystems fokussieren solle. Als Ansatzpunkte wurden Sozial-, Finanzmarktpolitik und sozial verantwortliches unternehmerisches Handeln genannt.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

GARANT FÜR WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG UND SOZIALE STABILITÄT



Frank Priess, Leiter KAS-Länderprogramm Mexiko, diagnostizierte ein solides Fundament für einen ordnungspolitischen Dialog mit Mexiko. Die dortige Wirtschafts- und Sozialpolitik sei stark durch die christliche Soziallehre geprägt. Zudem sei das Interesse an Deutschland nach erfolgreicher Überwindung der Finanzkrise gestiegen. Mögliche Anknüpfungspunkte im ordnungspolitischen Dialog seien das Bildungssystem (z.B. Duale Ausbildung) und das Konzept *Corporate Social Responsibility*. Priess gab jedoch zu bedenken, Mexiko sei aufgrund der geographischen Nähe stark durch den marktliberalen Ansatz der USA geprägt. Zudem werde die Soziale Marktwirtschaft unzureichend umgesetzt. Beispielhaft wurden weitverbreitete oligopolistische Strukturen sowie die Armutsproblematik erwähnt.

Im Zentrum der Abschlussdiskussion stand die Universalität der Werte der Sozialen Marktwirtschaft. Die Debatte zeigte, dass der ordnungspolitische Dialog mit islamisch geprägten Ländern unter anderem dadurch erschwert wird, dass die Soziale Marktwirtschaft häufig mit dem Christentum assoziiert werde. Daher müsse noch stärker verdeutlicht werden, dass die Werte der Sozialen Marktwirtschaft religionsunabhängig Bestand und universale Geltung haben. Ferner kamen Chancen und Probleme in der ordnungspolitischen Kooperation mit den Kirchen, insbesondere im nicht-europäischen Ausland, zur Sprache. Schließlich wurde vor dem Hintergrund der Transformationsprozesse im Nahen und Mittleren Osten die Rolle religiöser Institutionen diskutiert. Es wurde auf die Gefahr hingewiesen, dass religiöse Gruppen durch soziale Dienstleistungen politischen Machtgewinn anstreben könnten.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT – GARANT FÜR WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG UND SOZIALE STABILITÄT

In diesem Internet-Portal stellt die KAS Grundlagen des Wirtschaftskonzepts vor, erläutert Hintergründe der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, gibt Antworten auf wichtige Fragen und bietet weiterführende Informationen zum Thema. Aktuelle Berichte aus den weltweiten Aktivitäten der Stiftung finden sich dort ebenso wie Hinweise auf Veranstaltungen und Publikationen. Programmatische Texte, eine Dokumentation der Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft, Videoclips und Kontakte zu den Experten der KAS vervollständigen das Angebot.

www.kas.de/soziale-marktwirtschaft



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin

Text

Joscha Ritz

Redaktion

Susanna Vogt

Fotos

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2011

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-942775-21-2

www.kas.de